



2015/2105(INI)

2.5.2016

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu einer neuen auf die Zukunft ausgerichteten innovativen Strategie für Handel
und Investitionen
(2015/2105(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Dita Charanzová

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Handel für alle – Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik“ (COM(2015)0497);
2. hebt hervor, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Binnenmarkt und der Handelspolitik der EU gibt, die in vollem Umfang miteinander und mit den weiter gefassten Strategien und Werten der Union vereinbar sein sollten; vertritt die Auffassung, dass offener, verantwortlicher und freier weltweiter Handel auf der Grundlage transparenter und strenger globaler Regeln eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass der Binnenmarkt funktioniert, wächst und Bürgern, Verbrauchern und Unternehmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, zugutekommt;
3. betont, dass nachhaltiger und verantwortlicher Handel das stärkste politische Instrument für die Unterstützung europäischer Interessen, Investitionen und Unternehmen sowie für die Förderung europäischer Werte im Ausland ist, mit dem gleichzeitig in Europa Arbeitsplätze geschaffen werden und Wachstum generiert wird, zumal die EU die weltgrößte Handelsmacht ist; unterstützt das Ziel der Kommission, die Synergien zwischen der Handels- und Binnenmarktpolitik auszuweiten, und empfiehlt, im Rahmen dieser Politikbereiche den Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang einzuräumen;
4. weist darauf hin, dass die Öffnung des Handels mit einer höheren Produktivität einhergeht, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit nach außen beiträgt, bereits jetzt für einen von sieben Arbeitsplätzen im Binnenmarkt verantwortlich zeichnet und erhebliche Vorteile für die Verbraucher mit sich bringen könnte;
5. ist der Ansicht, dass protektionistische Maßnahmen im gegenwärtigen wirtschaftlichen und kommerziellen Umfeld überflüssig geworden sind und sich in einigen Fällen sogar als kontraproduktiv erweisen, da europäische Waren und Dienstleistungen Teil der globalen Wertschöpfungsketten sind; vertritt jedoch die Auffassung, dass das aktuelle handelspolitische Schutzsystem in der EU auf den neuesten Stand gebracht werden muss, um angemessen auf unfaires Verhalten zu reagieren, das den internationalen Handel in einer globalisierten Welt beeinträchtigt; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, grenzübergreifende Wertschöpfungsketten von Waren und Dienstleistungen zu stärken, indem durch eine Verringerung von ungerechtfertigten Handelshemmnissen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und das Wirtschaftswachstum gefördert werden;
6. betont, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass sich die EU und ihre Handelspartner an die gleichen Vorschriften halten; erinnert daran, dass die EU alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzen muss, um unfairer Wettbewerb sowie einer Nichtbeachtung der WTO-Grundsätze und der von ihren Handelspartnern eingegangenen Verpflichtungen entschlossen entgegenzutreten;

7. ist der Ansicht, dass die Mitwirkung europäischer KMU an globalen Wertschöpfungsketten in direktem Zusammenhang mit dem Internationalisierungsprozess steht; fordert die Kommission vor diesem Hintergrund auf, mehr Maßnahmen zu ergreifen, um KMU den Zugang zu Drittmärkten zu erleichtern;
8. begrüßt die im Rahmen der Strategie gemachten Anmerkungen über die Rolle von ausländischen Direktinvestitionen in den Mitgliedstaaten und im Binnenmarkt, und unterstützt alle Bemühungen zur Förderung umfassenderer ausländischer Direktinvestitionen in Europa;
9. stimmt mit der Kommission darin überein, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge – angesichts ihres Anteils von 15 bis 20 % am globalen BIP – ein ganzheitlicher und ehrgeiziger Ansatz greifen muss, insbesondere im Rahmen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), wo Unternehmen aus der EU derzeit nur 32 % des US-Marktes offen stehen; hält fest, dass die EU ihre Märkte für die Vergabe öffentlicher Aufträge bereits weitgehend geöffnet hat, europäische Unternehmen sich jedoch nach wie vor Beschränkungen im Ausland und einem Mangel an Gegenseitigkeit gegenübersehen; fordert die Kommission auf, dringlichst darauf hinzuwirken, den gegenseitigen und transparenten Marktzugang für europäische Unternehmen im Ausland grundlegend zu verbessern, und zugleich den offenen Zugang zum Binnenmarkt aufrechtzuerhalten; nimmt den geänderten Vorschlag der Europäischen Kommission für ein Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen (IPI) zur Kenntnis;
10. fordert die Kommission auf, dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen aller Verhandlungen die neuen Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe und über die Konzessionsvergabe eingehalten werden, insbesondere in Bezug auf die Begriffsbestimmungen für öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit, Ausschlüsse, den Zugang für KMU und die Anwendung der Kriterien des wirtschaftlich günstigsten Angebots; fordert einen schnelleren Übergang zur elektronischen Auftragsvergabe, um Unternehmen, insbesondere KMU, den Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen zu erleichtern;
11. ist der Ansicht, dass es soliden rechtlichen und logischen Grundsätzen entspricht, dass Beschwerdeführer in Ermittlungen ihre Behauptungen begründen und nachweisen müssen, dass die betreffenden Maßnahmen im Interesse der breiteren Gemeinschaft liegen;
12. begrüßt die Zusage der Kommission, wonach die Errungenschaften der europäischen verbraucherrechtlichen Standards in Handelsabkommen, unter anderem vor dem Hintergrund der digitalen Revolution, unter keinen Umständen gesenkt werden; betont, dass das Parlament weiterhin sorgfältig überwachen wird, dass dieses Versprechen in den laufenden Verhandlungen gewahrt wird;
13. fordert Hilfsmittel zur Unterstützung der Verbraucher und Verbraucherinnen beim grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel mit Drittstaaten, beispielsweise durch Online-Helpdesks, die Informationen und Beratung im Zusammenhang mit Streitigkeiten anbieten;
14. teilt die Auffassung der Kommission, wonach die Handelspolitik nur funktionieren kann, wenn Europa sich auch weiterhin auf die Beseitigung der Hindernisse für die Vollendung

des Binnenmarktes, die Inangriffnahme der Fragmentierung der Regulierung, den Abbau von Bürokratie sowie mehr Wettbewerb im Binnenmarkt, insbesondere im Dienstleistungssektor, konzentriert; fordert die Kommission auf, die Empfehlungen des Parlaments hinsichtlich der Beseitigung von nicht-tarifären Handelshemmnissen im Binnenmarkt zu berücksichtigen, um sowohl innerhalb als auch außerhalb der Unionsgrenzen Handelsfreiheit sicherzustellen; begrüßt die Zusage der Kommission, alle wesentlichen Handelsinitiativen vollumfänglichen Folgenabschätzungen zu unterziehen, und fordert zudem Ex-post-Bewertungen; unterstützt eine Verbesserung der gegenseitigen Transparenz und der ordnungspolitischen Abläufe im Rahmen von Handelsabkommen, ohne dass dadurch das nationale Regulierungsrecht verletzt wird;

15. nimmt die Verhandlungen über ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) zu Kenntnis und betont, dass Dienstleistungsanbieter einen breiteren Zugang zu Märkten außerhalb Europas erhalten müssen, da Dienstleistungen bereits 70 % des BIP der EU und der Beschäftigung in der EU ausmachen; fordert, dass jegliche Fortschritte bei den Verhandlungen über TiSA und TTIP mit den in der Entschließung des Parlaments enthaltenen Standpunkten vereinbar sind; erinnert daran, dass die Kommission die verschiedenen Interessen der Mitgliedstaaten berücksichtigen sollte, wenn sie über verbindliche Zeitpläne im Hinblick auf TiSA und TTIP verhandelt; begrüßt gleichermaßen die Zusage, wonach Regierungen keine Änderungen an der Art und Weise, wie sie öffentliche Dienste regulieren oder finanzieren, vornehmen müssen;
16. nimmt die TTIP-Verhandlungen zur Kenntnis und betont, dass ihr erfolgreicher Abschluss von großer politischer Bedeutung ist; appelliert an die Kommission, insbesondere den Bericht des Parlaments sowie die Stellungnahme des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz zu berücksichtigen; fordert, dass die Verhandlungen so bald wie möglich abgeschlossen werden und zugleich in einem ehrgeizigen, umfassenden und ausgewogenen Abkommen münden; ruft die Kommission auf, größeren Druck auf die amerikanischen Ansprechpartner hinsichtlich der Formulierung von Vorschlägen und Zusagen auszuüben, um die Verhandlungen voranzutreiben;
17. räumt ein, dass Transparenz beim Handel wichtig für das Vertrauen der Verbraucher in bessere Rechtsetzung und die Legitimität der EU-Handelspolitik im Ausland ist; fordert die Kommission daher auf, in den Handelsverhandlungen das Höchstmaß an Transparenz zu schaffen, einschließlich durch den Zugang zu den Verhandlungstexten und Konsultationen mit der Zivilgesellschaft im Verlauf des gesamten Prozesses;
18. fordert eine stärkere internationale Zusammenarbeit in Regulierungsfragen, insbesondere mit den USA und Japan;
19. stellt mit Genugtuung fest, dass ein starker Fokus auf dem digitalen Binnenmarkt als Teil des globalen digitalen Marktes liegt und darauf, es erst gar nicht dazu kommen zu lassen, dass dem Handel mit digitalen Waren und Dienstleistungen und dem elektronischen Handel neue Hindernisse in den Weg gelegt werden; unterstützt alle Maßnahmen, die dem freien Datenfluss förderlich sind, sofern dabei die EU-Datenschutzvorschriften eingehalten werden, sowie alle Bemühungen mit dem Ziel, eine stärkere Erleichterung des Online-Handels auf einer multilateralen Ebene und parallel zur WTO zu erreichen; unterstreicht, dass es wichtig ist, die EU-Datenschutzvorschriften einzuhalten; stimmt vollkommen mit der Aussage überein, dass die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen,

die gegenseitige Anerkennung und die Vereinheitlichung von Standards die besten Mittel sind, um die Herausforderungen der digitalen Wirtschaft zu bewältigen;

20. weist darauf hin, dass europäische Dienstleistungsanbieter im Ausland überaus wettbewerbsfähig sind; fordert die Kommission auf, bei Handelsverhandlungen sowohl die progressive als auch die wechselseitige Liberalisierung von Dienstleistungen sowie eine Politik der verstärkten Transparenz und Vorhersehbarkeit von Vorschriften und Regelungen fortzusetzen, damit Bürger und Unternehmer von Entwicklungsländern Zugang zu einer größeren Bandbreite an Dienstleistungen erhalten, von denen einige gegebenenfalls von äußerst wettbewerbsfähigen europäischen Dienstleistungsanbietern bereitgestellt werden;
21. fordert – im Rahmen von oder parallel zu den Handelsabkommen – Verhandlungen über eine größere Mobilität von Erwerbstätigen und Studenten und über die Anerkennung beruflicher Qualifikationen; fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass entsprechende Maßnahmen mit den in der Dienstleistungsrichtlinie festgelegten Grundsätzen, insbesondere Artikel 16, vereinbar sind; fordert die Kommission auf, das Parlament über den aktuellen Stand der Umsetzung der Blue-Card-Richtlinie sowie darüber, ob sie praxistauglich ist, zu unterrichten;
22. spricht sich dafür aus, weitere internationale technische Normen, die auf Folgenabschätzungen beruhen, einzuführen und anzuwenden und unterstützt alle Anstrengungen zur uneingeschränkten Einbeziehung der Handelspartner der Union in internationalen Normungsgremien; ist jedoch der Auffassung, dass das Fehlen eines gemeinsamen internationalen Standards weder der gegenseitigen Anerkennung von Gleichwertigkeit noch Bemühungen um gemeinsame transatlantische technische Standards im Weg stehen sollte;
23. hebt hervor, dass neben einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Zoll- und Marktaufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten ein digitalisiertes Zollkontrollsystem notwendig ist, wenn der Warentransport beschleunigt und gegen Fälschungen innerhalb der globalen Wertschöpfungsketten vorgegangen und dabei die Qualität der Kontrollen und des Verbraucherschutzes bei eingeführten Waren und Dienstleistungen sichergestellt werden soll; unterstützt die Initiative der Kommission, die internationale Zusammenarbeit im Zollwesen zu stärken, und legt der Kommission und den Mitgliedstaaten nahe, zusammen darauf hinzuwirken, die Einfuhr von Waren, die das Recht des geistigen Eigentums verletzen, zu verhindern und bei allen Handelspartnern das Recht des geistigen Eigentums durchzusetzen;
24. hebt hervor, wie wichtig es ist, Innovation und Qualität als einen Mehrwert europäischer Produkte zu fördern; hält fest, dass die Anerkennung von geografischen Angaben in Handelsabkommen eine Priorität sein sollte;
25. begrüßt die Maßnahmen der Kommission zur Bekämpfung von Korruption durch den internationalen Handel;
26. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ernsthaft zu prüfen, ob ein vereinheitlichter Zolldienst der EU eingerichtet werden kann, damit die Zollregeln und -verfahren im gesamten Zollgebiet der EU wirksamer angewandt werden;

27. betont, dass die neue Handelsstrategie der EU nicht auf die Eröffnung neuer Verhandlungen begrenzt sein kann, sondern dass in ihrem Rahmen auch die ordnungsgemäße Umsetzung der ausgehandelten Vereinbarungen sichergestellt werden muss und neu entstehende, ungerechtfertigte nicht-tarifäre Handelshemmnisse zwischen der EU und ihren Handelspartnern, durch die der Zugang von Unternehmen zu ausländischen Märkten beschränkt wird, bekämpft werden müssen.

**ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG
IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS**

Datum der Annahme	21.4.2016
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 30 -: 5 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Dita Charanzová, Carlos Coelho, Sergio Gaetano Cofferati, Lara Comi, Anna Maria Corazza Bildt, Daniel Dalton, Nicola Danti, Dennis de Jong, Vicky Ford, Ildikó Gáll-Pelcz, Evelyne Gebhardt, Antanas Guoga, Sergio Gutiérrez Prieto, Robert Jarosław Iwaszkiewicz, Liisa Jaakonsaari, Philippe Juvin, Antonio López-Istúriz White, Marlene Mizzi, Robert Rochefort, Virginie Rozière, Christel Schaldemose, Andreas Schwab, Olga Sehnalová, Igor Šoltes, Ivan Štefanec, Mylène Troszczynski, Anneleen Van Bossuyt, Marco Zullo
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Lucy Anderson, Edward Czesak, Julia Reda, Dariusz Rosati, Lambert van Nistelrooij, Sabine Verheyen, Kerstin Westphal